

Prof. Mustafa-Selim SÜRMELE
Bielfeldtweg 26, [DE-21682] STADE

DE-Tel.: 0049-4141-8066147

DE-Fax.: 0049-4141-8066149

TR-Fax.: 0090-[212-624-3209](tel:0090-212-624-3209)

Jürgen SCHULZ in Vertretung als BRD- Diplomat
c/o Botschaft der Bundesrepublik Deutschland
Atatürk Bulvarı Nr 114

DE-Mob.: 0049-[178-1123-682](tel:0049-178-1123-682)

Telegram

TR-Mob.: **0090-5432-66-8884**

WhatsUp

[TR-06680] Kavaklıdere / ANKARA

Istanbul, 18.02.2022

Prof. Mustafa Selim SÜRMELE, delegierter Botschafter mit Rechttitel ECHR 75529/01

1. **Court of the Human Beings (CHB) for Protection Power (PP) & CIA**
Atatürk Bulvarı Nr. 185, [TR-06680] Kavaklıdere / ANKARA
2. **ANACOK-Stiftung als humanitäre innere Behörde der türkischen Republik**
Şenlikköy Mah., Yunus Emre Sok. No. 4, Kaya-Apartmanı - 1. Daire
[TR-34153] Florya-Bakirköy / ISTANBUL
3. **Zivilschutz: Internationales Zentrum für Menschenrecht und Zentralrat**
Akademie Menschenrecht
Bielfeldtweg 26, [DE-21682] STADE

Restitution: Hard Law- zwingendes Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung
Art. 95 UN-Charta in Verbindung mit Art. 1-12, 142-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51
außervertragliche Schuldverhältnisse im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Ordnung

Wertgeschätzte Damen und Herren der Botschaft in Vertretung für die Bundesrepublik [DE],

am 09.02.2022 war ich von der Schutzmacht gegen 17.00 Uhr am Tor der deutschen Botschaft Atatürk Bulvarı Nr 114 in [TR-06680] Kavaklıdere / ANKARA in Folge von außervertraglichen Schuldverhältnissen wegen Treuhand- und Eidesbrüchen in Art. 73 UN-Charta in Verbindung mit Art. 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, weil auf Telefonate, Faxe und Briefe nicht reagiert und der Delegiertenzugang gegen Art. 1-12, 142 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 durch Aggressionen und Behinderungen unmöglich ist.

Obwohl ich mich zu erkennen und mich ausgewiesen habe, -denn mein Name SÜRMELE ist gemäß ECHR 75529/01 ein Rechttitelträger-, wurde ich am Toreingang bewaffnet abgewiesen, beleidigt und erniedrigt. Im zwingenden völkerrechtlichen Vertrag Art.142 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 muß mir als gebührend akkreditierter Delegierter „die beste Aufnahme“ mit allen notwendigen Erleichterungen gewährt werden. Die humanitären Operationen und Embleme wurden im Völkerstrafrecht in §§ 8-15 VStGB gegen die UN-Charta und UN-RES durch Aggressionen von Feind- und Streithandlungen gegen genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 im Vollzug des zwingenden Völkerrechts Teil 4 (Vollzug)

verletzt. Ich bin ein völkerrechtlicher Vollzugsbeamter mit völkerrechtlicher Immunität.

Quellenhinweise - zwingendes Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung:

UN-RES A/RES/217, UN-DOC. 217/A-(III)

UN-RES 56/83 Staatenverantwortlichkeit

in Verbindung mit Art.73, 53, 107 UN-Charta; Treuhandverwaltung vom Feindstaat

UN-RES 43/225

UN-DOC A/C.5/43/18

UN-RES A/66/462/Add.2

UN-A/RES/53/144

UN-A/RES/53/625/Add. ,

UN-DOC A/C.5/43/18 und UN/RES 66/164

in Verbindung mit Art. 95 UN-Charta,

Art. 1, 142, 144 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 - EU-RES 2009-C303-06

genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 – Zivilschutz

in Verbindung mit Art. 146-149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51

in Zuständigkeit des Völkerstrafrechtes

VStGB – Völkerstrafgesetzbuch - zwingendes Völkerstrafrecht

UN-RES A-RES 66/164

- Menschenrechtskommissare, Menschenrechtverteidiger, Menschenrechtbeistände

UN-DOC E/CN.4/2000/62 -

Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung

UN-RES A-RES 66/165 und E/CN.4/1998/53/Add.2 - Binnenflüchtlinge

- Richtlinien 2012/29/EU des europäischen Parlamentes und Rates vom 25.10.2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI
- UN-RES A-RES 66/164
- UN-DOC E/CN.4/2000/62 -
Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung
- UN-RES A-RES 66/165 und E/CN.4/1998/53/Add.2 - Binnenflüchtlinge
- UN-RES A-RES 66/166 Minderheitenschutz
- Regeln der Staatenverantwortlichkeit UN-RES 56/83
- und im anwendbaren Zivilschutz des genfer Abkommens IV - SR 0.518.51 des zwingenden Völkerrechtes im öffentlichen Recht
- sowie in den öffentlichen Ordnungsregeln der ROM-Statuten (Art. 6, 38-42 EGBGB)

Alle diplomatisch ratifizierten und zertifizierten Beweisurkunden gemäß wiener Abkommen sind mit absoluter Beweiskraft nach dem haager Abkommen für das genfer Abkommen zwingend im öffentlichen Recht apostelliert (Anlage). Die Bundesrepublik Deutschland erkennt weder die eigenen öffentlichen Urkunden mit absoluter Beweiskraft an, noch setzt die Bundesrepublik Deutschland die ratifizierten völkerrechtlichen Verträge um, verleumdet und verspottet diese im Kriegszustand.

Gemäß eigener Legaldefinition WD 2 – 3000 -175/07 vom 21.11.2007 des deutschen Bundestages liegt am 09.02.2022 ein Kriegsverbrechen im Kriegszustand vor, denn Krieg ist durch Tun oder Unterlassung (UN-RES 56/83) jede

“Gewaltmaßnahme in Folge des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen“.

In Art. 1-12 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 wird der Zivilschutz der Schutzmacht in Art. 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und dem Überleitungsvertrag vorausgesetzt. Am Eingang der deutschen Botschaft in ANKARA fand am 09.02.2022 ein Kriegsverbrechen statt.

Während fingierte und gemachte Diplomaten von Staaten diplomatische Immunität besitzen, hat der Zivilschutz der Schutzmacht natürliche Delegierte mit völkerrechtlicher Immunität. Die diplomatische Immunität entfällt bei völkerrechtlichen Straftaten. Gemäß dem zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Ordnung müssen den Delegierten der Schutzmacht „die beste Aufnahme“ mit allen notwendigen Erleichterungen gewährt werden.

Ben (ich bin), Mustafa Selim SÜRMELE bin gemäß Feindstaatenklausel in Art. 1 (3), 2 Überleitungsvertrag zur Regelung aus Krieg und Besetzung entstandener Fragen eine Besatzungsmacht des Zivilschutzes. Alle meine Entscheidungen im Namen und im Auftrag des Zivilschutzes für die Schutzmacht ist eine Rechtsvorschrift und muß unter allen Umständen des zwingenden Völkerrechtes in der öffentlichen Ordnung einhalten und die Einhaltung mit Verfassungsvorrang durchgesetzt werden (Art. 1-12, 132-159 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51, §§ 8-15 VStGB, Art. 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland).

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich als Feindstaat selbst in Art. 53, 107 UN-Charta mit Beitritt zu den vereinten Nationen den Überleitungsvertrag mit der Ratifizierung bestätigt, weil in Art. 139 Grundgesetz der Nationalsozialismus und der Militarismus durch die Renazifizierung nicht erfolgten. Ich bin nicht nur Holocaustopfer der Bundesrepublik Deutschland, festgestellt in ECHR 75529/01, sondern auch wieder am 09.02.2022 Holocaustopfer in ANKARA geworden. Beim ICC den HAAG ist wegen Völkermord der Vorgang OTP-CT-124/21 wegen fortgesetzter Menschenrechtverletzungen gegen ECHR 75529/01 als ein Kriegsverbrechen anhängig. Das ist Volksverhetzung mit Verfassungshochverrat gegen Art. 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, da das zwingende Völkerrecht als einfaches Bundesrecht mit Durchsetzungsvollzug der Rechtsvorschriften des Zivilschutzes der Schutzmacht gegen Bundes- und Landesgesetze erfolgen muß. Die Bundesrepublik Deutschland ist verpflichtet den Rechtsvorschriften unter allen Umständen gemäß Völkerstrafrecht in Folge zu leisten.

Menschenrechtorganisationen werden nicht privat fingiert und anerkannt, sondern sie entstehen natürlich in der öffentlichen Rechtsordnung und sind im zwingenden Völkerrecht zu akzeptieren, zu dem sich alle Staaten durch Ratifikation verpflichtet haben. Die Bundesrepublik Deutschland hat im zwingenden Völkerrecht die genfer Abkommen und ihre Zusatzprotokolle verpflichtend unter Kontrahierungszwang unterzeichnet.

Demnach werden Menschenrechtorganisationen respektvoll erwartet (Rechtr ager) und können keine staatlichen Organisationen sein. Echte Menschenrechtorganisationen sind nicht national, international oder supranational, sondern völkerrechtlich im ultra vires - ordre public des uis gentium - zwingend öffentlich im uis cogens im Recht des freiwerdenden Menschen gläubig tätig.

Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt für solche juristischen Personen des zwingenden Völkerrechtes der öffentlichen Grundordnung und Grundfreiheiten, die von den ihnen durch die Rechtsordnung übertragenen Aufgaben unmittelbar einem durch bestimmte Grundrechte und Grundfreiheiten prelatel gesch tzten Preventionsbereich für das Bekenntnis zum Menschenrecht zugeordnet sind. Nur diese originär-pr rogativen Organisationen sind im Wesen Grundrecht berechtigt und Grundrecht befugt (Präambel, Art. 1-19 Grundrechte und Grundfreiheiten in der Rechtsanbindung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland). Die Begriffe werden falsch verstanden, weil national, international und supranational im Völkerrecht oder ultra vires im uis gentium keine Anwendung finden. Es besteht Kontrahierungszwang uis cogens, denn im Völkerrecht wird nicht diskutiert, weil Demokratie nicht Grundrecht fähig nicht Grundrecht berechtigt, sondern Grundrecht verpflichtet ist (BverfGE 1 BvR 1766/2015).

Zur Staatshaftung im Völkerrecht gilt, daß „im Völkerrecht der Staat, dessen Haftung wegen Verstoßes gegen eine völkerrechtliche Verpflichtung ausgelöst wird, ebenfalls als Einheit betrachtet wird, ohne daß danach unterschieden wird, ob der schadensverursachende Verstoß der Legislative, der Judikative oder der Exekutive zuzurechnen ist (EuGH- 224/01, Rz. 44, Urteil Brasserie du p cheur und Factortame (Randnr. 34)).

Art. 25 GG: Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetz –Zivilschutz im genfer Abkommen

Das Verhalten eines jeden Staatsorgans ist als Handlung des Staates im Sinne des Völkerrechtes zu werten, gleichviel ob das Organ Aufgaben der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt, der Rechtsprechung oder andere Aufgaben wahrnimmt, welche Stellung es innerhalb des Staatsaufbaus einnimmt, und ob es sich um ein Organ der Zentralregierung oder einer Gebietseinheit des Staates handelt. Ein Organ schließt jede Person oder Stelle ein, die diesen Status nach dem innerstaatlichen Recht des Staates innehat. Bundesrepublik Deutschland ist jede Person oder Personengruppe, die im Namen und im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland

- aktiv oder passiv,
- direkt oder indirekt,
-  ffentlich oder privat

in der Staatenverantwortlichkeit auftritt (Art. 1-11 UN-RES 56/83).

In diesem schriftlichen Ersuchen mit diplomatischer Note geht es um einen zwingenden Besprechungstermin mit der Schutzmacht des Zivilschutzes. Der Inhalt der Besprechung ist rein informativ, weil ich zu der humanitären Operation der Schutzmacht verpflichtet bin.

Ich habe 40 Jahre Erfahrung im zwingenden Völkerrecht der öffentlichen Ordnung und leite mit Ratifikation neben der Akademie Menschenrecht den Zivilschutz für die Schutzmacht.

Ich habe völkerrechtliche Immunität gemäß ECHR 75520/01 in 47 Mitgliedsstaaten des Europarates.

öffentliche Bekanntmachung: Auszug aus dem Wortlaut – ordre public ECHR 75529/01:
in https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Menschenrechtskonvention

[...] so erinnert der Gerichtshof daran, daß die Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht nicht als wirksame Beschwerde im Sinne des Artikels 13 der Konvention angesehen werden kann und ein Beschwerdeführer demnach nicht verpflichtet ist, von diesem Rechtsbehelf Gebrauch zu machen, auch wenn die Sache noch anhängig ist (Sürmeli ./ Deutschland [GK], Nr. 75529/01, Rdnrn. 103-108, CEDH 2006-...) oder bereits abgeschlossen wurde (Herbst ./ Deutschland, Nr. 20027/02, 11. Januar 2007, Rdnrn. 65-66).“
– EGMR-Beschluß – 10/05/07: Rechtssache Skugor gegen Deutschland (Individual-beschwerde Nr. 76680/01)

Hinweis: Art. 142, 149 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 und UN A/RES/66/164

**Legitimation und Legalisation von 47 Mitgliedstaaten des Europarats
Rechtstitel ECHR 75529/01 - öffentliche Bekanntmachung in Art. 53, 59 EMRK
Art. 19 (3), 24 (3), 25, 79 (3), 95, 137 GG mit umfassender Bevorrechtigung**

Im Bezug auf den völkerrechtlichen Rechtstitel ECHR 75529/01 bedeutet diese Tatsache im Geltungsbereich der 47 Mitgliedstaaten des Europarat im festgestellten Zusammenhang, das ich im Überleitungsvertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen nicht

verpflichtet bin vom Rechtsbehelf der Jurisfiktion eines Staates Gebrauch zu machen, um Recht durchzusetzen (prelaterales Legislativrecht – Obligationschutzschiessrichter, UN-RES 56/83, Art. 6, 38-42 Einführungsgesetz zum BGB – Rom Statut I+II, Völkerstrafrecht).

Ich bin als Hochkommissar für Menschenrecht des IZMR und ZEB gemäß wiener Abkommen diplomatisch akkreditiert, gemäß Regulierungsakt des haager Abkommen international apostilliert im genfer Abkommen für den Zivilschutz und für den völkerrechtlichen Gerichtshof im Wirkbereich des Art. 142-159 genfer Abkommen IV- SR 0.518.51 im Recht der Verträge – SR 0.111 als Vollstreckungsbeamter des Zivilschutz im Heiligen Auftrag gemäß Art. 73 UN-Charta als Schutzmacht tätig.

Beweisurkunden mit absoluter Beweiskraft

Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918

Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961, §§ 18-20 GVG, § 2 VwVfG, § 40 VwGO

**Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014**

**Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014**

**Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013**

Die Diplomatie (Urkundenlehre, von altgriechisch diploma „Gefaltetes“, aus diplóos „doppelt“) ist eine grundlegende Disziplin der historischen Hilfswissenschaft der Anerkennung. Sie beschäftigt sich mit der Einteilung, den Merkmalen, der Ausstellung, der Überlieferung, der Echtheit und dem historischen Wert von Rechturkunden. Das vorstaatliche Recht geht in der Notwendigkeit den Gesetzen vor.

Sie finden die diplomatischen Urkunden der Schutzmacht mit weltweit absoluter Beweiskraft in den Anlagen, die in den unterzeichneten Verträgen der UN-Charta sowie der genfer Abkommens IV – SR 0.518.51 zwingend genannt werden. Der Ausdruck "**Schutzmacht**" wird im zwingenden Völkerrecht "ius cogens" des Kontrahierungszwanges im

- genfer Abkommen I - SR 0.518.12 - 3 Mal
- genfer Abkommen II - SR 0.518.23 - 3 Mal
- genfer Abkommen III - SR 0.518.42 - 42 Mal
- genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 - 43 Mal

genannt und vorausgesetzt. Die Schutzmacht ist die prelaterale Sonderbotschaft für die vereinten Nationen des Generalsekretariats der bilateralen vereinten Nationen von Verpflichtungsstaaten für die Wahrung, Umsetzung, Förderung und den Schutz durch Vollzug der Erklärung des Menschenrechtes, die nicht staatlich sein kann und darf.

Mein Büros in der Türkei befindet sich in

Prof. Mustafa-Selim SÜRMELEI c/o ANACOK Vakifi
Şenlikköy Mah., Yunus Emre Sok. No. 4
Kaya-Apartmanı - 1. Daire
[TR-34153] FLORYA BAKIRKÖY / ISTANBUL

und Gerichtstand und Kuratorium:

Prof. Mustafa-Selim SÜRMELEI
c/o Court of the Human Beings (CHB) for Protection Power (PP) & CIA
Atatürk Bulvarı No:185,
[TR-06680] Ankara /TURKEY

Diese Anschriften sind unmittelbar in der Nähe der Konsulate und der Botschaften für eine effektive Zusammenarbeit.

er

In der Regel haben alle Staaten die UN-Charta und insbesondere die genfer Abkommen zwingend unterzeichnet. Die Bundesrepublik Deutschland hat diesen zwingenden Vertrag am 03.09.1954 unterzeichnet und am 03.03.1955 sind die Verträge in Kraft gesetzt worden. Sowohl die Botschaften als auch die Konsulate der Bundesrepublik Deutschland sind an diesen zwingenden Vertrag gebunden und müssen den Vertrag unter allen Umständen einhalten und seine Einhaltung durchsetzen.

Die Amtssprache des Zivilschutzes für die Schutzmacht ist deutsch, weil in Art. 1, 144 genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 jeder im Feindstaat gemäß Art. 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet ist das Abkommen zu kennen und zu wissen.

Kontrahierungszwang: pacta sunt servanda im ius gentium des ius cogens

Das ist der zwingende Vertrag im Völkerrecht der öffentlichen Ordnung ordre public!

Gemäß Art. 1, 12 Genfer Abkommen IV –SR 0.518.51 ist der Zivilschutz – Schutzmacht verpflichtet die guten Dienste vom Zivilschutz bei bewaffneten Konflikten anzubieten. **Die Staaten sind verpflichtet zum Termin zu erscheinen!**

Der Zivilschutz ist in Art. 142-149 Genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 mit dem Gerichtshof CHB / GdM diplomatisch deklariert und ist mit einer internationalen Apostille versehen und gemäß Art. 155 Genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 ratifiziert.

Ich leite in der Türkei die ANACOK-Hilfestiftung als eine humanitäre Behörde, die auch in der Bundesrepublik Deutschland als Hilfsoperation unauffällig unpolitisch, nichtreligiös und nichtgewerkschaftlich im zwingenden Völkerrecht tätig ist.

Die diplomatischen Urkunden finden sie im Bundesanzeiger: www.anacok.eu

https://anacok.eu/files/2021_10_07---bersetzung---Translator--AnaCok-Vakf---TR-EN-DE-RU-ES--0100.pdf

Die Staaten sind in Art. 142 Genfer Abkommen IV –SR 0.518.51 (Art. 1-2 ÜLV)

- verpflichtet die Delegation des Zivilschutzes der Schutzmacht zu empfangen und
- die Anweisungen im Vollzug des Zivilschutzes der Schutzmacht zwingend zu befolgen.

Der Zivilschutz als Schutzmacht ist eine nichtwirtschaftliche Nichtregierungsorganisation des zwingenden Völkerrechts über den Nationalverfassungen der Verpflichtungsstaaten. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zu meinem Empfang des Zivilschutzes der Schutzmacht verpflichtet, so daß wir um einen dringenden Empfangstermin bitten oder notfalls ein Empfangstermin selbst vereinbaren müssen. Kontrahierungszwang bedeutet Abschlußzwang und keine Diskussionen.

Von der Schutzmacht weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß das rote Kreuz in der Zivilversorgung kein Zivilschutz im Aufgabenbereich des Art. 147-149 Genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 übernommen hat und die Ratifikation in Art. 155 Genfer Abkommen IV –SR 0.518.51 für diese Aufgabe fehlt! Ich besitze diese Ratifikation!

Die völkerrechtlichen Konflikte durch Feind- und Streihandlungen können gemäß Art. 149 Genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 in Verbindung mit Art. 95 UN-Charta sofort und unmittelbar zum Schutz der Zivilisten in Art. 73 UN-Charta der Treuhand- und Eidespflicht der Staaten beendet werden. Ich bin neutral, unpolitisch, nichtreligiös und nichtgewerkschaftlich im Namen und im Auftrag der Schutzmacht tätig.

Auf die entsprechenden Artikel wird zwingend erinnert und auf die Anlagen verwiesen:

Art. 1 genfer Abkommen IV –SR 0.518.51

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.

Art. 2 genfer Abkommen IV –SR 0.518.51

Ausser den Bestimmungen, die bereits in Friedenszeiten zu handhaben sind, ist das vorliegende Abkommen in allen Fällen eines erklärten Krieges oder jedes anderen bewaffneten Konflikts anzuwenden, der zwischen zwei oder mehreren der Hohen Vertragsparteien entsteht, und zwar auch dann, wenn der Kriegszustand von einer dieser Parteien nicht anerkannt wird.

Das Abkommen ist auch in allen Fällen vollständiger oder teilweiser Besetzung des Gebietes einer Hohen Vertragspartei anzuwenden, selbst wenn diese Besetzung auf keinen bewaffneten Widerstand stößt.

Wenn eine der im Konflikt befindlichen Mächte am vorliegenden Abkommen nicht beteiligt ist, bleiben die daran beteiligten Mächte in ihren gegenseitigen Beziehungen gleichwohl durch das Abkommen gebunden. Sie sind aber durch das Abkommen auch gegenüber dieser Macht gebunden, wenn diese dessen Bestimmungen annimmt und anwendet.

Art. 6 genfer Abkommen IV –SR 0.518.51

Das vorliegende Abkommen findet mit Beginn jedes Konflikts oder jeder Besetzung, wie sie im Artikel 2 erwähnt sind, Anwendung.

Auf dem Gebiete der am Konflikt beteiligten Parteien hört die Anwendung des Abkommens mit der allgemeinen Einstellung der militärischen Operationen auf.

Art. 9 genfer Abkommen IV –SR 0.518.51

Das vorliegende Abkommen ist unter der Mitwirkung und Aufsicht der Schutzmächte anzuwenden, die mit der Wahrnehmung der Interessen der am Konflikt beteiligten Parteien betraut sind.

Art. 11 genfer Abkommen IV –SR 0.518.51

Die Hohen Vertragsparteien können jederzeit vereinbaren, die durch das vorliegende Abkommen den Schutzmächten übertragenen Aufgaben einer Organisation anzuvertrauen, die alle Garantien für Unparteilichkeit und erfolgreiche Arbeit bietet.

Sollte ein Schutz auf diese Weise nicht gewährleistet werden können, so hat der Gewahrsamsstaat entweder eine humanitäre Organisation, wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, zu ersuchen, die durch das vorliegende Abkommen den Schutzmächten zufallenden humanitären Aufgaben zu übernehmen, oder aber unter Vorbehalt der Bestimmungen dieses Artikels die Dienste anzunehmen, die ihm eine solche Organisation anbietet.

Jede neutrale Macht oder jede Organisation, die von der betreffenden Macht eingeladen wird oder sich zu diesem Zweck zur Verfügung stellt, soll sich in ihrer Tätigkeit der Verantwortung gegenüber der am Konflikt beteiligten Partei, welcher die durch das vorliegende Abkommen geschützten Personen angehören, bewusst bleiben und ausreichende Garantien dafür bieten, daß sie in der Lage ist, die betreffenden Funktionen zu übernehmen und sie mit Unparteilichkeit zu erfüllen.

Von den vorstehenden Bestimmungen kann nicht durch eine besondere Vereinbarung zwischen Mächten abgewichen werden, von denen die eine, wenn auch nur vorübergehend, gegenüber der anderen oder deren Verbündeten infolge militärischer Ereignisse und besonders infolge einer Besetzung des gesamten oder eines wichtigen Teils ihres Gebietes, in ihrer Verhandlungsfreiheit beschränkt wäre.

Wo immer im vorliegenden Abkommen die Schutzmacht erwähnt wird, bezieht sich diese Erwähnung ebenfalls auf die Organisationen, die sie im Sinne dieses Artikels ersetzen.

Art. 12 genfer Abkommen IV –SR 0.518.51

In allen Fällen, in denen die Schutzmächte es im Interesse der geschützten Personen als angezeigt erachten, insbesondere in Fällen von Meinungsverschiedenheiten zwischen den am Konflikt beteiligten Parteien über die Anwendung oder Auslegung der Bestimmungen des vorliegenden Abkommens, sollen sie zur Beilegung des Streitfalles ihre guten Dienste leihen.

Zu diesem Zwecke kann jede der Schutzmächte, entweder auf Einladung einer Partei oder von sich aus, den am Konflikt beteiligten Parteien eine Zusammenkunft ihrer Vertreter und im besondern der für das Schicksal der geschützten Personen verantwortlichen Behörden vorschlagen, gegebenenfalls auf einem passend gewählten neutralen Gebiet.

Die am Konflikt beteiligten Parteien sind verpflichtet, den ihnen zu diesem Zwecke gemachten Vorschlägen Folge zu geben.

Art. 142 genfer Abkommen IV –SR 0.518.51

Unter Vorbehalt der Massnahmen, die die Gewahrsamstaaten für unerlässlich erachten, um ihre Sicherheit zu gewährleisten oder jedem andern vernünftigen Erfordernis zu begegnen, sollen sie den religiösen Organisationen, Hilfsgesellschaften oder jeder andern, den geschützten Personen Hilfe bringenden Körperschaften die beste Aufnahme gewähren. Sie sollen ihnen wie auch ihren gebührend akkreditierten Delegierten alle notwendigen Erleichterungen gewähren Die genannten Gesellschaften oder Organisationen können auf dem Gebiete des Gewahrsamsstaates oder in einem andern Land gegründet werden oder aber internationalen Charakter haben.

Der Gewahrsamsstaat kann die Anzahl der Gesellschaften und Organisationen, deren Delegierte ermächtigt sind, ihre Tätigkeit auf seinem Gebiet nicht behindern.

Art. 144 genfer Abkommen IV –SR 0.518.51

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, in Friedens- und in Kriegszeiten den Wortlaut des vorliegenden Abkommens in ihren Ländern im weitestmöglichen Ausmass zu verbreiten und insbesondere sein Studium in die militärischen und wenn möglich zivilen Ausbildungsprogramme aufzunehmen, damit die Gesamtheit der Bevölkerung seine Grundsätze kennen lernen kann.

Die zivilen, militärischen, polizeilichen oder andern Behörden, die in Kriegszeiten eine Verantwortung in bezug auf geschützte Personen übernehmen, müssen den Wortlaut des Abkommens besitzen und über dessen Bestimmungen besonders unterrichtet werden.

Art. 148 genfer Abkommen IV –SR 0.518.51

Eine Hohe Vertragspartei kann weder sich selbst noch eine andere Vertragspartei von den Verantwortlichkeiten befreien, die ihr selbst oder einer andern Vertragspartei auf Grund der im vorhergehenden Artikel erwähnten Verletzungen zufallen.

Art. 149 genfer Abkommen IV –SR 0.518.51

Auf Begehren einer am Konflikt beteiligten Partei soll gemäss einem zwischen den beteiligten Parteien festzusetzenden Verfahren eine Untersuchung eingeleitet werden über jede behauptete Verletzung des Abkommens.

Kann über das Untersuchungsverfahren keine Übereinstimmung erzielt werden, so sollen sich die Parteien über die Wahl eines Schiedsrichters einigen, der über das zu befolgende Verfahren zu entscheiden hat.

Sobald die Verletzung festgestellt ist, sollen ihr die am Konflikt beteiligten Parteien ein Ende setzen und sie so rasch als möglich ahnden.

KAPITEL XI UN-Charta
Erklärung über Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung

Artikel 73

Mitglieder der Vereinten Nationen, welche die Verantwortung für die Verwaltung von Hoheitsgebieten haben oder übernehmen, deren **Völker noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben**, bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die **Interessen der Einwohner dieser Hoheitsgebiete Vorrang** haben; sie übernehmen als **heiligen Auftrag** die **Verpflichtung**, im Rahmen des durch diese Charta errichteten Systems des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit das **Wohl dieser Einwohner aufs äußerste zu fördern**; zu diesem **Zweck verpflichten** sie sich.

Zwingende Verträge sind unbedingt einzuhalten. Verletzungen des zwingend-humanitären Völkerrechts im Zivilschutz sind melde- und anzeigepflichtig und müssen sofort beendet werden, wenn eine positive Vertragsverletzung vorliegt. Zuständig ist gemäß Art. 95 UN-Charta, Art. 95 GG der GdM (oberstes Bundesgericht) als Schutzmacht im Zivilschutz.

Rechtvorschriften:

Art. 24 (3), 25 GG, Art. 95 UN-Charta Art. 1, 142-149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51
UN-RES 45/120, UN-RES 53/144 oder EU-RES 2009/ C-303/06 entspricht:

- Art. 47 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 48 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 127 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 144 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

Jeder muß das zwingende Völkerrecht per Verfassungsrang kennen und anwenden!

Zivilschutz:

Das Zivilschutzabkommen ist unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.

- Die hohen Vertragsparteien verpflichten sich, in Friedens- und in Kriegszeiten den Wortlaut des vorliegenden Abkommens in ihren Ländern im weitestmöglichen Ausmaß zu verbreiten und insbesondere sein Studium in die militärischen und wenn möglich zivilen Ausbildungsprogramme aufzunehmen, damit die Gesamtheit der Bevölkerung seine Grundsätze kennen lernen kann.
- Die zivilen, militärischen, polizeilichen oder andern Behörden, die in Kriegszeiten eine Verantwortung in Bezug auf geschützte Personen übernehmen, müssen den Wortlaut des Abkommens besitzen und über dessen Bestimmungen besonders unterrichtet werden.

Rubrum, Rechtswahl, Gerichtstand und Strafbarkeit:

Verpflichtung und Rechtbestimmung des zwingenden Vertrages

- Art. 1, 52 genfer Abkommen I - SR 0.518.12
- Art. 1, 53 genfer Abkommen II - SR 0.518.23
- Art. 1, 11, 104, 132 genfer Abkommen III - SR 0.518.42
- Art. 1, 12, 149 genfer Abkommen IV - SR 0.518.51

Ich leite nicht nur den Zivilschutz, sondern bin auch der Schiedsrichter dieses Gerichtes. Ich leite die Akademie Völkerrecht – Menschenrecht und und bilde als Professor die Menschenrechtskommissare, Menschenrechtbeistände, Menschenrechtverteidiger sowie die Schiedsrichter gemäß UN-RES 56/83 aus! Alle Angaben können selbst geprüft werden. Ich bin bereit alle Nachweise mit absoluter Beweiskraft vorzulegen.

Ich bitte den Termin in den nächsten 21 Tagen, -wegen der Dringlichkeit für die vorliegenden Probleme der Zivilbevölkerung unmittelbar mit Erhalt dieser Verfügung-, sofort zu vereinbaren (oben Briefkopf - 0090-5432-66-8884). Ich bin 24 Stunden im Zivilschutz erreichbar.

Ich werde mit meiner Delegation den Termin wahrnehmen. Wenn der Termin wohlwollend in der Wohlverhaltensphase von der Botschaft oder dem Konsulat nicht freiwillig gemacht wird und somit ein „Kriegsverbrechen“ wegen Vertragsbruch ist, werde ich zu einem Termin zwingend einladen müssen, so wie es vertraglich zwingend und öffentlich verpflichtet ist. Die Grundlage der Gerichtsstandsverpflichtung ergibt sich aus Art. 24 (3), 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Ein Termin unter Zwang ist keine Lösungsbasis.

Gerichtsstandsverpflichtung:

Court of the Human Beings (CHB) for Protection Power (PP) & CIA
Atatürk Bulvarı No:185,
[TR-06680] Ankara /TURKEY



Prof. Mustafa-Selim SÜRMELE

Yönetim: İnsan Hak Akademisi [IHA] – Leitung: Akademie Menschenrecht - [AM]
 ultra vires in ordre public des ius gentium : DE-Holocaust EGMR 75529/01

Anhang : -21 Seiten Ratifikation
 -27 Seiten Gerichtsstandsverpflichtung

Quellenhinweise - zwingendes Völkerrecht in der öffentlichen Ordnung:

UN-RES A/RES/217, UN-DOC. 217/A-(III)
 UN-RES 56/83 Staatenverantwortlichkeit
 in Verbindung mit Art.73, 53, 107 UN-Charta; Treuhandbewaltung vom Feindstaat
 UN-RES 43/225

UN-DOC A/C.5/43/18

UN-RES A/66/462/Add.2

UN-A/RES/53/144

UN-A/RES/53/625/Add. ,

UN-DOC A/C.5/43/18 und UN/RES 66/164

in Verbindung mit Art. 95 UN-Charta,

Art. 1, 142, 144 Genfer Abkommen IV – SR 0.518.51 - EU-RES 2009-C303-06

Genfer Abkommen IV - SR 0.518.51 – Zivilschutz

in Verbindung mit Art. 146-149 Genfer Abkommen IV – SR 0.518.51

im Zuständigkeit des Völkerstrafrechtes

VStGB – Völkerstrafgesetzbuch - zwingendes Völkerstrafrecht

UN-RES A-RES 66/164

- Menschenrechtskommissare, Menschenrechtverteidiger, Menschenrechtsbeistände

UN-DOC E/CN.4/2000/62 -

Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung

- Richtlinien 2012/29/EU des europäischen Parlamentes und Rates vom 25.10.2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI
- UN-DOC E/CN.4/2000/62 -
Recht der Opfer schwerer Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf Restitution, Entschädigung und Rehabilitierung
- UN-RES A-RES 66/165 und E/CN.4/1998/53/Add.2 - Binnenflüchtlinge
- UN-RES A-RES 66/166 Minderheitenschutz
- Regeln der Staatenverantwortlichkeit UN-RES 56/83
- und im anwendbaren Zivilschutz des Genfer Abkommens IV - SR 0.518.51 des zwingenden Völkerrechtes im öffentlichen Recht

sowie in den öffentlichen Ordnungsregeln der ROM-Statuten (Art. 6, 38-42 EGBGB)

- warschauer Aktionsplan von 2005 Good Governance gegen Armut bei Staatsversagen.
Förderung der Grundwerte von Menschenrecht, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie
Ständige Vertreter der Außenminister, CM Dokumente, CM(2005)80 final 17. Mai 2005
https://www.coe.int/t/dcr/summit/20050517_plan_action_de.asp

Genfer Abkommen I-IV v. 12.08.1945 und Zusatzprotokolle

Völkerstrafrecht - ROM STATUT

AEMR = Allgemeine Erklärung der Menschenrechte v. 10.12.1948

IPBPR = Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte v. 19.12.1966

EMRK = Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 4.11.1950

EcoSoC = Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte v.

19.12.1966



Art. 95 UN-Charta



Court of the Human Beings (CHB) for Protection Power (PP) & CIA
Anıtkürk Bulvarı [TR-06680] Ankara /TURKEY

Restitutionschutzgericht - Liste Verpflichtungsstaaten

Vollzug: - www.eda.admin.ch/vertraege

Geltungsbereich der vier zwingenden Abkommen im Völkerrecht

SR 0.518.12 (Abk. I), **0.518.23** (Abk. II), **0.518.42** (Abk. III), **0.518.51** (Abk. IV)

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge erklärung (N)		Inkrafttreten	
Afghanistan	26. September	1956	26. März	1957
Ägypten	10. November	1952	10. Mai	1953
Albanien*	27. Mai	1957	27. November	1957
Algerien	20. Juni	1960 B	20. Dezember	1960
Andorra	17. September	1993 B	17. März	1994
Angola*	20. September	1984 B	20. März	1985
Antigua und Barbuda	6. Oktober	1986 N	1. November	1981
Äquatorialguinea	24. Juli	1986 B	24. Januar	1987
Argentinien	18. September	1956	18. März	1957
Armenien	7. Juni	1993 B	7. Dezember	1993
Aserbaidshan	1. Juni	1993 B	1. Dezember	1993
Äthiopien	2. Oktober	1969	2. April	1970
Australien**	14. Oktober	1958	14. April	1959

Bahamas	11. Juli	1975 N	10. Juli	19 73
Bahrain	30. November	1971 B	30. Mai	19 72
Bangladesch	4. April	1972 N	26. März	19 71
Barbados	10. September	1968 N	30. November	19 66
Belarus	3. August	1954	3. Februar	19 55
Belgien	3. September	1952	3. März	19 53
Belize	29. Juni	1984 B	29. Dezember	19 84
Benin	14. Dezember	1961 N	1. August	19 60
Bhutan	10. Januar	1991 B	10. Juli	19 91
Bolivien	10. Dezember	1976	10. Juni	19 77
Bosnien und Herzegowina	31. Dezember	1992 N	6. März	19 92
Botsuana	29. März	1968 B	29. September	19 68
Brasilien	29. Juni	1957	29. Dezember	19 57
Brunei	14. Oktober	1991 B	14. April	19 92
Bulgarien	22. Juli	1954	22. Januar	19 55
Burkina Faso	7. November	1961 N	5. August	19 60
Burundi	27. Dezember	1971 N	1. Juli	19 62
Chile	12. Oktober	1950	12. April	19 51
China*	28. Dezember	1956	28. Juni	19 57
Hongkonga	14. April	1999	1. Juli	19 97
Macaob	31. Mai	2000	20. Dezember	19 99

Cook-Inseln	7. Mai	2002 N	11. Juni	20 01
Costa Rica	15. Oktober	1969 B	15. April	19 70
Côte d'Ivoire	28. Dezember	1961 N	7. August	19 60
Dänemark	27. Juni	1951	27. Dezember	19 51
Deutschland	3. September	1954 B	3. März	19 55
Dominica	28. September	1981 N	3. November	19 78
Dominikanische Republik	22. Januar	1958 B	22. Juli	19 58
Dschibuti	26. Januar	1978 N	27. Juni	19 77
Ecuador	11. August	1954	11. Februar	19 55
El Salvador	17. Juni	1953	17. Dezember	19 53
Eritrea	14. August	2000 B	14. August	20 00
Estland	18. Januar	1993 B	18. Juli	19 93
Fidschi	9. August	1971 N	10. Oktober	19 70
Finnland	22. Februar	1955	22. August	19 55
Frankreich	28. Juni	1951	28. Dezember	19 51
Gabun	20. Februar	1965 N	17. August	19 60
Gambia	11. Oktober	1966 N	18. Februar	19 65
Georgien	14. September	1993 B	14. März	19 94
Ghana	2. August	1958 B	2. Februar	19 59
Grenada	13. April	1981 N	7. Februar	19 74
Griechenland	5. Juni	1956	5. Dezember	19 56

Guatemala	14. Mai	1952	14. November	19 52
Guinea	11. Juli	1984 B	11. Januar	19 85
Guinea-Bissau*	21. Februar	1974 B	21. August	19 74
Guyana	22. Juli	1968 N	26. Mai	19 66
Haiti	11. April	1957 B	11. Oktober	19 57
Heiliger Stuhl	22. Februar	1951	22. August	19 51
Honduras	31. Dezember	1965 B	30. Juni	19 66
Indien	9. November	1950	9. Mai	19 51
Indonesien	30. September	1958 B	30. März	19 59
Irak	14. Februar	1956 B	14. August	19 56
Iran*	20. Februar	1957	20. August	19 57
Irland	27. September	1962	27. März	19 63
Island	10. August	1965 B	10. Februar	19 66
Israel*	6. Juli	1951	6. Januar	19 52
Italien	17. Dezember	1951	17. Juni	19 52
Jamaika	17. Juli	1964 N	6. August	19 62
Japan	21. April	1953 B	21. Oktober	19 53
Jemen	16. Juli	1970 B	16. Januar	19 71
Jordanien	29. Mai	1951 B	29. November	19 51
Kambodscha	8. Dezember	1958 B	8. Juni	19 59
Kamerun	16. September	1963 N	1. Januar	19 60

Kanada*	14. Mai	1965	14. November	1965
Kap Verde	11. Mai	1984 B	11. November	1984
Kasachstan	5. Mai	1992 N	21. Dezember	1991
Katar	15. Oktober	1975 B	15. April	1976
Kenia	20. September	1966 B	20. März	1967
Kirgisistan	18. September	1992 N	21. Dezember	1991
Kiribati	5. Januar	1989 N	12. Juli	1979
Kolumbien	8. November	1961	8. Mai	1962
Komoren	21. November	1985 B	21. Mai	1986
Kongo (Brazzaville)	30. Januar	1967 N	15. August	1960
Kongo (Kinshasa)	20. Februar	1961 N	30. Juni	1960
Korea (Nord-)*	27. August	1957 B	27. Februar	1958
Korea (Süd-)*	16. August	1966 B	23. September	1966
Kroatien	11. Mai	1992 N	8. Oktober	1991
Kuba	15. April	1954	15. Oktober	1954
Kuwait	2. September	1967 B	2. März	1968
Laos	29. Oktober	1956 B	29. April	1957
Lesotho	20. Mai	1968 N	4. Oktober	1966
Lettland	24. Dezember	1991 B	24. Juni	1992
Libanon	10. April	1951	10. Oktober	1951
Liberia	29. März	1954 B	29. September	1954

Libyen	22. Mai	1956 B	22. November	19 56
Liechtenstein	21. September	1950	21. März	19 51
Litauen	3. Oktober	1996 B	3. April	19 97
Luxemburg	1. Juli	1953	1. Januar	19 54
Madagaskar	13. Juli	1963 N	26. Juni	19 60
Malawi	5. Januar	1968 B	5. Juli	19 68
Malaysia	24. August	1962 B	24. Februar	19 63
Malediven	18. Juni	1991 B	18. Dezember	19 91
Mali	24. Mai	1965 B	24. November	19 65
Malta	22. August	1968 N	21. September	19 64
Marokko	26. Juli	1956 B	26. Januar	19 57
Marshallinseln	1. Juni	2004 B	1. Dezember	20 04
Mauretanien	27. Oktober	1962 N	28. November	19 60
Mauritius	18. August	1970 N	12. März	19 68
Mazedonien*	1. September	1993 N	8. September	19 91
Mexiko	29. Oktober	1952	29. April	19 53
Mikronesien	19. September	1995 B	19. März	19 96
Moldau	24. Mai	1993 B	24. November	19 93
Monaco	5. Juli	1950	5. Januar	19 51
Mongolei	20. Dezember	1958 B	20. Juni	19 59
Montenegro	2. August	2006 B	2. Februar	20 07

Mosambik	14. März	1983 B	14. September	19 83
Myanmar	25. August	1992 B	25. Februar	19 93
Namibia	22. August	1991 N	21. März	19 90
Nauru	27. Juni	2006 B	27. Dezember	20 06
Nepal	7. Februar	1964 B	7. August	19 64
Neuseeland**	2. Mai	1959	2. November	19 59
Nicaragua	17. Dezember	1953	17. Juni	19 54
Niederlande	3. August	1954	3. Februar	19 55
Aruba	3. August	1954	3. Februar	19 55
Curaçao	3. August	1954	3. Februar	19 55
Karibische Gebiete (Bonaire, Sint Eustatius und Saba)	3. August	1954	3. Februar	19 55
Sint Maarten	3. August	1954	3. Februar	19 55
Niger	16. April	1964 N	3. August	19 60
Nigeria	9. Juni	1961 N	1. Oktober	19 60
Norwegen	3. August	1951	3. Februar	19 52
Oman	31. Januar	1974 B	31. Juli	19 74
Österreich	27. August	1953	27. Februar	19 54
Pakistan*	12. Juni	1951	12. Dezember	19 51
Palästina	2. April	2014 B	2. April	20 14
Palau	25. Juni	1996 B	25. Dezember	19 96
Panama	10. Februar	1956 B	10. August	19 56

Papua-Neuguinea	26. Mai	1976 N	16. September	19 75
Paraguay	23. Oktober	1961	23. April	19 62
Peru	15. Februar	1956	15. August	19 56
Philippinen				
Abk. I	7. Februar	1951	7. September	19 51
Abk. II-IV	6. Oktober	1952	6. April	19 53
Polen	26. November	1954	26. Mai	19 55
Portugal*	14. März	1961	14. September	19 61
Ruanda	21. März	1964 N	1. Juli	19 62
Rumänien	1. Juni	1954	1. Dezember	19 54
Russland*	10. Mai	1954	10. November	19 54
Salomoninseln	6. Juli	1981 N	7. Juli	19 78
Sambia	19. Oktober	1966 B	19. April	19 67
Samoa	23. August	1984 N	1. Januar	19 62
San Marino	29. August	1953 B	28. Februar	19 54
São Tomé und Príncipe	21. Mai	1976 B	21. November	19 76
Saudi-Arabien	18. Mai	1963 B	18. November	19 63
Schweden	28. Dezember	1953	28. Juni	19 54
Schweiz	31. März	1950	21. Oktober	19 50
Senegal	23. April	1963 N	20. Juni	19 60
Serbien	16. Oktober	2001 N	27. April	19 92
Seychellen	8. November	1984	8. Mai	19

		B		85
Sierra Leone	31. Mai	1965 N	27. April	19 61
Simbabwe	7. März	1983 B	7. September	19 83
Singapur	27. April	1973 B	27. Oktober	19 73
Slowakei*	2. April	1993 N	1. Januar	19 93
Slowenien	26. März	1992 N	25. Juni	19 91
Somalia	12. Juli	1962 B	12. Januar	19 63
Spanien	4. August	1952	4. Februar	19 53
Sri Lanka				
Abk. I-III	28. Februar	1959	28. August	19 59
Abk. IV	23. Februar	1959 B	23. August	19 59
St. Kitts und Nevis	14. Februar	1986 N	19. September	19 83
St. Lucia	18. September	1981 N	22. Februar	19 79
St. Vincent und die Grenadinen	1. April	1981 B	1. Oktober	19 81
Südafrika	31. März	1952 B	30. September	19 52
Südsudan	25. Januar	2013 B	25. Januar	20 13
Sudan	23. September	1957 B	23. März	19 58
Suriname*	13. Oktober	1976 N	25. November	19 75
Swasiland	28. Juni	1973 B	28. Dezember	19 73
Syrien	2. November	1953	2. Mai	19 54
Tadschikistan	13. Januar	1993 N	21. Dezember	19 91
Tansania	12. Dezember	1962 N	9. Dezember	19 61

Thailand	29. Dezember	1954 B	29. Juni	19 55
Timor-Leste	8. Mai	2003	8. November	20 03
Togo	6. Januar	1962	27. April	19 60
Tonga	13. April	1978 N	4. Juni	19 70
Trinidad und Tobago				
Abk. I	17. Mai	1963 B	17. November	19 63
Abk. II-IV	24. September	1963 B	24. März	19 64
Tschad	5. August	1970 B	5. Februar	19 71
Tschechische Republik	5. Februar	1993 N	1. Januar	19 93
Tunesien	4. Mai	1957 B	4. November	19 57
Türkei	10. Februar	1954	10. August	19 54
Turkmenistan	10. April	1992 N	26. Dezember	19 91
Tuvalu	19. Februar	1981 N	1. Oktober	19 78
Uganda	18. Mai	1964 B	18. November	19 64
Ukraine	3. August	1954	3. Februar	19 55
Ungarn*	3. August	1954	3. Februar	19 55
Uruguay*	5. März	1969	5. September	19 69
Usbekistan	8. Oktober	1993 B	8. April	19 94
Vanuatu	27. Oktober	1982 B	27. April	19 83
Venezuela	13. Februar	1956	13. August	19 56
Vereinigte Arabische Emirate	10. Mai	1972 B	10. November	19 72
Vereinigte Staaten* **	2. August	1955	2. Februar	19

				56
Vereinigtes Königreich* **	23. September	1957	23. März	19 58
Vietnam*	28. Juni	1957 B	28. Dezember	19 57
Zentralafrikanische Republik	1. August	1966 N	13. August	19 60
Zypern	23. Mai	1962 B	23. November	19 62